



Niederschrift

9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.05.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:46 Uhr
Ort, Raum:	Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	ab 18:05 Uhr
Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD
-----------------	-----

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU	
Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:37 Uhr
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.02.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 - 2023
Vorlage: 20/SVV/0060
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
nur KUM
(2. Lesung)
 - 3.2 Regeln zur Nutzung von E-Scootern in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0997
Einreicher: Fraktion CDU
(Wiedervorlage)
(inkl. 2. Berichterstattung)
 - 3.3 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1291
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
KUM, SBWL
(Wiedervorlage)
(inkl. Berichterstattung Lichtmasterplan)
 - 3.4 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den
Kinderbauernhof am bisherigen Standort in Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/0994
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
 - 3.5 Unterstützung für Tatra-Straßenbahnreparatur in Temirtau (Kasachstan)
Vorlage: 20/SVV/0020
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
nur KUM
 - 3.6 Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln
Vorlage: 20/SVV/0023
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
+ Ea Fraktion DIE aNDERE vom 03.03.2020
nur KUM
 - 3.7 Verbesserte ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raums durch Mitbenutzung von
ÖPNV-Trassen
Vorlage: 20/SVV/0160
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
nur KUM
 - 3.8 Gefahrquelle Fußgängerüberweg Hegelallee, Höhe Werner-Alfred-Bad
Vorlage: 20/SVV/0162

- Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
nur KUM
- 3.9 Silvesterfeuerwerk ohne Böller
Vorlage: 20/SVV/0163
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, GSWI
- 3.10 Mehr Schulgärten an Potsdamer Schulen
Vorlage: 20/SVV/0187
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
KUM, B/Sp., WA KIS
- 3.11 Mitnahme von Elektro-Rollstühlen in öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: 20/SVV/0230
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
nur KUM
- 3.12 Waldschutz in Babelsberg-Süd
Vorlage: 20/SVV/0249
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
nur KUM
- 3.13 Tempo 30 zur Lärminderung in der Drewitzer Straße
Vorlage: 20/SVV/0255
Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM
- 3.14 Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude
Vorlage: 19/SVV/1147
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
Rücküberweisung in WA KIS mit der neuen Fassung vom 03.03.2020
und KUM
- 3.15 Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung
Vorlage: 20/SVV/0022
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
Rücküberweisung in KUM
- 3.16 Tempo 30 auf der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg
Vorlage: 20/SVV/0129
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.17 Sonderabstellplätze für Lastenräder
Vorlage: 20/SVV/0209
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 3.18 Renaturierungskonzept Flächennaturdenkmal "Düstere Teiche"
Vorlage: 20/SVV/0212
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege,
Umwelt und Natur
(Mitteilungsvorlage)
- 3.19 Kooperationsvereinbarung mit dem Landschaftspflegeverein Potsdamer
Kulturlandschaft e. V.
Vorlage: 20/SVV/0213
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege,
Umwelt und Natur
(Mitteilungsvorlage)

- 3.20 Aktuelle Übersicht zu Priorität-I-Maßnahmen im Radverkehrskonzept
Vorlage: 20/SVV/0225
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 3.21 Tempo 30 in der Pappelallee
Vorlage: 20/SVV/0270
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.22 Fernbahnhalte in Potsdam Hauptbahnhof
Vorlage: 20/SVV/0275
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 3.23 Bäume im Volkspark nachpflanzen
Vorlage: 20/SVV/0290
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.24 Prüfergebnisse Dez. 2019 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"
Vorlage: 20/SVV/0294
Einreicher: Oberbürgermeister, Koordinierungsstelle Klimaschutz
(Mitteilungsvorlage)
- 3.25 Infrastruktur von Tram-Endhaltstellen
Vorlage: 20/SVV/0302
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges
- 5.1 Berichterstattung zur Beleuchtung des Radweges zwi. Kolonie Daheim und
Horstweg
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1243)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 Berichterstattung Baumpaten gesucht
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1157)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.3 Berichterstattung zur Verbesserung rechtlicher Regelungen zum Vogelschutz
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1148)
Fachbereich Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 5.4 Berichterstattung zur Einschränkung des Verkehrs in der Eduard-Claudius-
Straße
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1271)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.5 Berichterstattung zur Maßnahme Brandenburger Straße
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.6 Radverkehrsmaßnahmen 2020/2021
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.02.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 20.02.2020 gibt es keine Hinweise. Sie wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Hinweise:

- Der Antrag „Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude“ (Tagesordnungspunkt 3.14) wird im Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service erst am 29.5.2020 behandelt, sodass hier heute von dort noch kein Votum vorliegt. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag heute zurückzustellen und in der Sitzung am 18.6. zu behandeln.
- Unter der aktuellen Maßgabe, Ausschusssitzungen so kurz wie möglich zu gestalten, sollen die Mitteilungsvorlagen (Tagesordnungspunkte 3.16 – 3.25) im Verbund aufgerufen und zur Kenntnis genommen werden. Eventuelle Fragen können durch den Zuständigen Vertreter aufgenommen und im Nachgang zur Sitzung über das Protokoll beantwortet werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 - 2023**

Vorlage: 20/SVV/0060

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
nur KUM
(2. Lesung)

Herr Twerdy bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Fassung vom 4.5.2020 ein, begründet und erläutert ihn.

„Bei der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes verfolgt die Landeshauptstadt Potsdam über die im Maßnahmenkatalog – in der von der Verwaltung vorgelegten ergänzten Fassung – enthaltenen Maßnahmen hinaus folgende Maßnahmen:

- Errichtung einer Bioabfallvergärungsanlage, dazu Intensivierung der Gespräche mit den benachbarten Land- und Stadtkreisen, um die für eine Realisierung der Anlage benötigten Mindestmengen zusammenzubekommen
- Erweiterung der Kompostierungskapazitäten, wenn möglich am Standort der bestehenden Kompostierungsanlage in Nedlitz
- kein Verzicht auf den innenstadtnahen Wertstoffhof in Babelsberg (auch nicht nach der Errichtung eines zusätzlichen Wertstoffhof im Potsdamer Norden)
- Die Ergebnisse, die Auswertung und die Schlussfolgerung der Stadtverwaltung aus der Abfallanalyse sind der Stadtverordnetenversammlung in geeigneter Weise vorzulegen. Dabei sind weitere zielführende Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, zur Erreichung des gesetzlichen Ziels einer Verwertungsquote von 65 % beizutragen.“

Frau Prestin (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung) geht auf die Forderungen des soeben eingebrachten Ergänzungsantrages ein. Unter anderem weist Sie auf bestehende umfangreiche Möglichkeiten der Entsorgung von Grünabfällen hin. Eine Biovergärungsanlage wird auch stadtseitig gewünscht. Entsprechende Verhandlungen mit anderen Landkreisen werden geführt. Für die Standortsuche ist aktuell ein Gutachter beauftragt. Die Ergebnisse werden den Stadtverordneten vorgestellt, sobald sie vorliegen.

Die Nachfrage von Frau Dr. Laabs zur Einordnung der Bioabfallentsorgung erläutert Frau Prestin umfänglich. In der Zuständigkeit der Stadtentsorgung Potsdam (StEP) liegend, ist die Landeshauptstadt Potsdam in Sachen Kompostierung nicht Entscheidungsträger und gegenüber der StEP auch nicht weisungsbefugt. Daher ist die Bioabfallentsorgung keine Maßnahme für das Abfallwirtschaftskonzept.

Frau Lentz erkundigt sich nach dem zeitlichen Horizont zur Erstellung des in der Vorlage angesprochenen Teilkonzeptes zu mineralischen Abfällen.

Frau Prestin erläutert dazu, dass die Erstellung zuarbeitsabhängig ist. Sie schätzt

die Fertigstellung auf nächstes Jahr.

Auf eine Nachfrage von Herrn Finken zur Forderung bzgl. einer Biovergärungsanlage, erläutert Herr Walter, dass aktuell vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn es um den Standort geht, problematisch sei. Grundsätzlich würde eine Biovergärungsanlage befürwortet.

Herr Finken sieht damit diesen Punkt als durch Verwaltungshandeln erledigt, falls diese Auffassung nicht geteilt wird, sei die Forderung als Prüfauftrag zu formulieren.

Herr Walter schlägt zum Verfahren vor, heute nur die durch die Verwaltung ergänzte Vorlage (Erweiterung des Maßnahmenkatalogs) abzustimmen und den Ergänzungsantrag seiner Fraktion zurückzuziehen mit der Absicht, ggf. später noch weitere Forderungen gesondert einzubringen.

Nach dem Austausch von Für- und Gegenargumenten wird dem Vorschlag von Herrn Walter gefolgt.

Der Vorsitzende stellt die (ergänzte) Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Abfallwirtschaftskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023

- **Inklusive der Erweiterung des Maßnahmenkatalogs** (siehe Anlage zum Protokoll)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.2 Regeln zur Nutzung von E-Scootern in Potsdam

Vorlage: 19/SVV/0997

Einreicher: Fraktion CDU

(Wiedervorlage)

(inkl. 2. Berichterstattung)

Herr Finken nimmt Bezug auf die schriftlich vorab per Mail an die Mitglieder ausgereichte Berichterstattung (liegt der Niederschrift an) und übernimmt für den Antragssteller den darin enthaltenen von der Verwaltung vorgeschlagenen geänderten Antragstext:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Bedarf und auf Grundlage der abgeschlossenen Vereinbarungen gemeinsam mit den Anbietern regelmäßig Gespräche zu führen, um die Teilnahme von EScootern am Straßenverkehr und insbesondere das Abstellen von EScootern im öffentlichen Straßenraum weiter zu verbessern.“

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Teilnahme von E-Scootern am Straßenverkehr und insbesondere das Abstellen von E-Scootern im öffentlichen Straßenraum so geregelt werden kann, dass andere Verkehrsteilnehmer nicht über die Maßen beeinträchtigt werden.~~

~~Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung zu ihrer Sitzung im Dezember vorzulegen.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Bedarf und auf Grundlage der abgeschlossenen Vereinbarungen gemeinsam mit den Anbietern regelmäßig Gespräche zu führen, um die Teilnahme von EScootern am Straßenverkehr und insbesondere das Abstellen von EScootern im öffentlichen Straßenraum weiter zu verbessern

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.3 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung

Vorlage: 19/SVV/1291

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

KUM, SBWL

(Wiedervorlage)

(inkl. Berichterstattung Lichtmasterplan)

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung) weist auf die Dreiteilung der Zuständigkeit in dieser Angelegenheit hin, die es zu beachten gilt. Daher wird auch der heutige Vortrag in drei Abschnitten durch die Akteure:

- Stadtbeleuchtung Potsdam GmbH (Vertreten durch den GF Herrn Retzlaff): Straßenbeleuchtung/ verwendete Leuchtmittel
- Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung (Herr Goetzmann): gestalterische Illumination (Alter Markt)
- Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur (Herr Schmäh): rechtlicher Rahmen

vorgenommen.

Die entsprechende Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Wilke befürwortet die Umstellung auf LED-Leuchtmittel und weist nochmals explizit auf insektenfreundliches Licht hin, das es gibt und das verwendet werden soll.

Frau Dr. Laabs verweist in diesem Zusammenhang auf vorliegende Studien, die nicht nur den Insekten-, sondern auch den Vogelschutz untersuchen. Demnach spielt nicht nur die Helligkeit eine Rolle, sondern auch das Leuchtmittel selbst, das hier nicht zur Falle werden darf.

Sie bittet zudem nochmals um Erläuterung, wie sich eine Umrüstungszeit bei dem Austausch der Leuchtmittel von zehn Jahren ergibt, was ihr sehr lang vorkommt.

Herr Retzlaff erläutert das stufenweise Umrüstungsverfahren, das sich im Ergebnis auf insgesamt zehn Jahre erstreckt.

Auf die Tierfreundlichkeit von LED-Leuchtmitteln weist er nochmals explizit hin. Hier werde für Potsdam ein besonders weiches Licht verwendet.

Herr Finken erkundigt sich, ob die Aspekte allgemeine Sicherheit sowie Verkehrssicherheit in den Überlegungen Berücksichtigung gefunden haben. Falls nicht, ist dies noch mit aufzunehmen.

Herr Retzlaff (Stadtbeleuchtung Potsdam GmbH) teilt mit, dass Sicherheitsfragen Teil der Planung sind. So variiere beispielsweise die verwandte Lichtstärke je nach Sicherheitsbedarf des jeweiligen Standortes.

Geplant werde auch die intelligente Beleuchtung von Radwegen, die über Bewegungsmelder gesteuert wird. Pilotprojekt hierfür wird der neu zu bauende Radweg zwischen Satzkorn und Fahrland (Regenbogenschule).

Herr Finken bittet die Überlegungen zu Sicherheitsaspekten in künftigen Darlegungen aufzunehmen, weil es bisher nicht explizit genannt ist.

Herr Walter möchte in einer ggf. zu erstellenden Satzung zudem die Aspekte Lichtsignalanlagen und private Veranstaltungen aufgenommen haben.

Er gibt auch noch einmal die Thematik möglichst weniger Lichtpunkte in der Stadt in astrophysikalischer Hinsicht zu bedenken.

Zudem erreichte ihn mehrfach die Frage, ob Stadtbeleuchtung die ganze Nacht leuchten muss. Er möchte außerdem wissen, wann die Satzung rechtskräftig wäre, falls sie auf den Weg gebracht wird.

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) weist darauf hin, dass durch den Bereich Umwelt und Natur bereits regelmäßig auf die Grundsätze insektenfreundlicher Beleuchtung hingewiesen wird.

Die Erlangung der Rechtskraft einer möglichen Satzung beziffert er mit ca. 1 - 1,5 Jahre. Er erläutert den Erstellungsweg, der an bestimmte Fristen und Abläufe gebunden ist.

Herr Goetzmann warnt wiederholt eindringlich davor, eine zusätzliche Regelung zu schaffen, bei der es im Ergebnis hauptsächlich um die Ahndung eines Fehlverhaltens im Nachhinein gehen würde, anstelle einer Vorbeugung. Bei einerseits fraglichen rechtlichen Eingriffen in Privatrecht und einer andererseits zu erwartenden Vielzahl von Auseinandersetzungen, muss man sich die Frage stellen, ob man mit einer solchen Satzung etwas erreicht. Die große Steuerbarkeit an dieser Stelle liegt in den Bereichen Straßenbeleuchtung und der

Illumination ausgewählter öffentlicher Plätze und/oder Gebäude.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtverordneten spätestens in der März-Sitzung 2020 den Entwurf einer Lichtschutzsatzung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Mit dem Erlass einer solchen Satzung soll die Lichtverschmutzung im Stadtgebiet deutlich reduziert werden, um einerseits die Arbeit der Sternwarte zu erleichtern und darüber hinaus um Insekten und Vögel vor unnötigen Lichtquellen zu schützen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.4 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Kinderbauernhof am bisherigen Standort in Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/0994**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)

Frau Lange bringt die neue Fassung des Antrags vom 9.3.2020 ein und begründet sie.

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) gibt zunächst einen Überblick über das anhängige ordnungsbehördliche Verfahren. Für die Ermöglichung der Nutzungen Kinderbauernhof und Integrationskindergarten liegt ein Vorschlag der Verwaltung in Form eines Bebauungsplans vor, den Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert. (die entsprechende Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt)

Herr Goetzmann führt aus, dass die Aufgabe darin besteht, eine Nutzung ohne die Inanspruchnahme des Landschaftsschutzgebietes (LSG) zu ermöglichen. Dies stellt den hauptsächlichen Konflikt in der Angelegenheit dar und ist der Hauptklärungspunkt. Ein Satzungsverfahren ist nur abschließbar, wenn dieser Konflikt gelöst wird und das ist eine behördliche Entscheidung und keine Entscheidung, die von der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden kann.

Herr Heuer weist darauf hin, dass der Antrag in der vorliegenden Form nicht funktioniert. Statt Anlagen für soziale Zwecke müsste ordnungsgemäß forst- und landwirtschaftliche Nutzung formuliert werden, nur dies sei bewilligbar.

Zudem stellt er klar, Schwarzbauten im Nachhinein zu legitimieren komme nicht in Frage.

Herr Goetzmann appelliert nochmals, bei der Antragsstellung sehr genau auf Formulierungen und Definitionen zu achten. Um eine Anlage für soziale Zwecke handelt es sich derzeit lediglich bei dem Kinderbauernhof. Bei dem Rest um Gewerbebetriebe, die anderen Bewilligungsvoraussetzungen unterliegen. Für eine Befreiung im Hinblick auf das LSG ist das Projekt zu groß, das wird es nicht geben.

Herr Rubelt informiert über laufende Verhandlungen mit dem Betreiber der Kindertagesstätte Spatzennest, mit dem man in engem Dialog steht. Der Erhalt des Kinderbauernhofes ist auch erklärtes Ziel der Verwaltung und mit dem vorgestellten Bebauungsplan zu ermöglichen. Daher bittet Herr Rubelt, das Verfahren zurückzustellen, bis die Verhandlungen mit der Kita abgeschlossen sind. Auch der anhängige Rechtsstreit müsse hierbei im Hinterkopf behalten werden.

Auf die Erkundigung von Herrn Berlin nach dem Abstimmungsstand mit dem Landesumweltamt in Sachen LSG geht Herr Schmäh ein.

Frau Lange folgt dem Vorschlag von Herrn Rubelt, den Antrag zurückzustellen, zunächst bis zur kommenden Sitzung des hiesigen Ausschusses.

Dagegen erhebt sich kein Widerstand.

Herr Finken bittet um eine Skizzierung der laufenden Verfahren innerhalb der Verwaltung inklusive Benennung aller Beteiligten.

Herr Olbrich plädiert dafür, die Nutzungen so zu belassen, wie sie vor Ort sind und sämtliche Verfahren dazu einzustellen.

Herr Rubelt geht auf die Bitte von Herrn Finken ein und benennt zum einen den offenen Rechtsstreit, zum anderen das Bebauungsplanverfahren. Zudem gibt es den engen Dialog mit dem o.g. Betreiber, bei dem es möglicherweise noch in diesem Jahr zu einem Ergebnis kommt. Bezüglich der Äußerung von Herrn Olbrich weist Herr Rubelt darauf hin, dass es sich bei dem Inhaber und dem Betreiber um zwei verschiedene Personen handelt, dies sei strikt zu trennen.

Der Antrag wird zurückgestellt und in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 18.6.2020 erneut aufgerufen.

zu 3.5 Unterstützung für Tatra-Straßenbahnreparatur in Temirtau (Kasachstan)
Vorlage: 20/SVV/0020

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
nur KUM

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass die angesprochenen Bahnen nicht im öffentlichen Betrieb eingesetzt werden, sondern allein von dem Betreiber, einem Stahlkonzern, genutzt werden. Ersatzteile für die alte Baureihe sind nicht mehr vorrätig und auch die benötigten personellen Kapazitäten sind nicht vorhanden. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Nach kurzer Debatte stellt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Verkehrsbetrieb ViP zu prüfen, ob es möglich ist, eine Spendenaktion mit dem Ziel der Reparatur einiger Tatra-Straßenbahnen in Temirtau (Kasachstan) durchzuführen. Ziel ist das Einwerben von Spenden und die Gewinnung einer freiwilligen Werkstattgruppe, die einen Arbeitseinsatz in Temirtau durchführt, um einige der von Potsdam dorthin verkauften Straßenbahnen wieder fahrbereit zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.6 Stahnsdorfer Straße in eine Fahrradstraße umwandeln
Vorlage: 20/SVV/0023

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
+ Ea Fraktion DIE aNDERE vom 03.03.2020
nur KUM

Herr Walter bringt den Antrag ein und verweist auf eine stattgefundene Bürgerveranstaltung zu diesem Thema. Dort genannte Aspekte bittet er in die Stellungnahme der Verwaltung aufzunehmen.

Herr Kuppert bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein:

„Die Ds 20/SVV/0023 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, in der Stahnsdorfer Straße folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs zu prüfen:

- Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 20 km/h
- Parkverbot auf beiden Straßenseiten
- Einbahnstraßenregelung für Kfz zwischen August-Bebel-Straße und Paul-

- Neumann-Straße (mit Ausnahmereglung für den Linienverkehr)
- Überholverbot von Radfahrer*innen (Zeichen 277.1 nach Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung)

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis zum Ende des zweiten Quartals 2020 zu berichten.“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert über eine erste Prüfung aus dem Jahr 2018. Eine weitere wird folgen, in die die geforderten Punkte aufgenommen werden.

Er bittet um die Anpassung der Terminierung auf das dritte Quartal 2020.

Nach kontroverser Diskussion und dem Hinweis auf die hohe Gefährdung durch den Busverkehr an dieser Stelle stellt der Vorsitzende den geänderten Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 03.03.2020 zur Abstimmung.

Die Ds 20/SVV/0023 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, in der Stahnsdorfer Straße folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs zu prüfen:

- Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 20 km/h
- Parkverbot auf beiden Straßenseiten
- Einbahnstraßenregelung für Kfz zwischen August-Bebel-Straße und Paul-Neumann-Straße (mit Ausnahmereglung für den Linienverkehr)
- Überholverbot von Radfahrer*innen (Zeichen 277.1 nach Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung)

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis zum Ende des ~~zweiten~~**dritten** Quartals 2020 zu berichten.

Abstimmungsergebnis: mit 5:3:1 **angenommen.**

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen Fahrradsstraßen eingerichtet werden können und dies am Beispiel Stahnsdorfer Straße zwischen Paul-Neumann-Straße und August-Bebel-Straße aufzuzeigen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist regelmäßig über den Umsetzungsstand zu unterrichten.

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, in der Stahnsdorfer Straße folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs zu prüfen:

- **Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 20 km/h**
- **Parkverbot auf beiden Straßenseiten**
- **Einbahnstraßenregelung für Kfz zwischen August-Bebel-Straße und Paul-Neumann-Straße (mit Ausnahmereglung für den Linienverkehr)**

- **Überholverbot von Radfahrer*innen (Zeichen 277.1 nach Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung)**

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis zum Ende des dritten Quartals 2020 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.7 Verbesserte ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raums durch Mitbenutzung von ÖPNV-Trassen

Vorlage: 20/SVV/0160

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
nur KUM

Herr Twerdy bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert auf Nachfrage von Herrn Troche, ob die geforderte Linienführung funktioniert, dass die Linie dann anders fahren würde.

Er weist darauf hin, dass frühere Netz- und Leistungsfähigkeitsuntersuchungen im Hinblick auf das Prognosejahr 2030 bereits Probleme in der Linienführung bzw. der Trassenkapazitäten aufgezeigt haben. Hier droht Stau im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), womit die Zuverlässigkeit des ÖPNV gefährdet ist. Vorschläge der Verwaltung zur Entlastung der Haupttrassen an den Landkreis Potsdam-Mittelmark, der in der vorliegenden Angelegenheit zuständig ist, wurden bisher abgelehnt. Der Landkreis besteht auf die Anfahrung des Hauptbahnhofes. In der vorgeschlagenen Testphase wird die geforderte Linienführung durchaus möglich sein, aber sobald der ÖPNV aufgestockt wird, wird es zu Problemen in der Leistungsfähigkeit kommen.

Frau Lange schlägt eine temporäre Nutzung bzw. eine Befristung vor. Wenn sich die Prognose auf das Jahr 2030 bezieht sind 10 Jahre für die vorgeschlagene Nutzung möglich. Danach könnte die Nutzung neu gedacht werden.

Herr Berlin plädiert dafür, die sechs Monate zu testen.

Herr Niehoff weist darauf hin, dass auch Trassenbreiten nicht mehr funktionieren, wenn die Auslastung zu stark wird. Der ÖPNV müsse stärker wachsen als Potsdam, um das erklärte Ziel, den ÖPNV zu stärken, umsetzen zu können. Deswegen müsse mit diesem Thema sehr sensibel umgegangen werden.

Auch Herr Rubelt bekräftigt nochmals, dass das ÖPNV-Angebot gut, aber realistisch sein muss. Er empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Frau Dr. Laabs richtet sich an den Antragsteller und möchte wissen, ob dieser sich eine Änderung des Antrags vorstellen kann, die die Bedenken der Verwaltung aufnimmt.

Herr Twerdy stellt den Antrag für den Antragsteller zurück, um ihn nochmals zu überarbeiten.

zu 3.8 Gefahrquelle Fußgängerüberweg Hegelallee, Höhe Werner-Alfred-Bad

Vorlage: 20/SVV/0162

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
nur KUM

Herr Walter bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, die Prüfung vornehmen zu können. Ein Ergebnis könne bis zum 4. Quartal 2020 vorliegen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die baulich eingerichtete Querung der Hegelallee vor dem Werner-Alfred-Bad auf folgende Punkte zur Verkehrssicherheit von Fußgänger*innen prüfen zu lassen:

1. Dauerhafte oder temporär geschwindigkeitsreduzierte Strecke (Tempo 30 km/h)
2. Einrichtung eines allgemeinen Gefahrzeichens 133 (Fußgänger)
3. Errichtung entsprechender Markierung auf der Fahrbahn.

Über das Ergebnis ist der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.9 Silvesterfeuerwerk ohne Böller

Vorlage: 20/SVV/0163

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, GSWI

Herr Twerdy bringt den Antrag ein und begründet ihn ausführlich.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) informiert, dass bestimmte Verbote bereits bestehen. Seit 1991 darf beispielsweise u. a. um Kirchen, Krankenhäuser

oder Altenheime kein Feuerwerk gezündet werden. Problematisch ist die Kontrolle sowie der Vollzug des Verbotes, für die es personell keine Kapazitäten gibt. Die entsprechenden Mittel müssen dann mitbeschlossen werden. Er empfiehlt die Ablehnung des Antrags und spricht sich stattdessen für die Stärkung der Ordnungsbehörden und Feuerwehr aus.

Nach kontroverser Diskussion zu u. a. der Reglementierung der Böllerbeschaffung und der Frage, ob der Umfang des geforderten Verbotes ausreichend ist, besteht Konsens über eine zu verstärkende Aufklärung bezogen auf bestehende Verbote und Auswirkungen von Feuerwerken im allgemeinen auf Mensch, Tier und Umwelt. Hier sehen die Mitglieder Nachholbedarf.

Frau Dr. Laabs fragt, ob die Landeshauptstadt Potsdam bzw. der Oberbürgermeister ein Böllerverbot, wie in dem Antrag formuliert, erlassen kann.

Herr Schmäb bejaht dies, weißt aber zugleich nochmals darauf hin, dass für die Kontrolle und den Vollzug kein Personal vorhanden ist.

Herr Walter merkt an, dass mangelnder Vollzug kein Grund sein könne, so etwas nicht zu beschließen.

Herr Finken schlägt vor, den Antrag als Prüfauftrag zu beschließen.

Der Vorsitzende stellt den Vorschlag von Herrn Finken zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 1:5:3 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage von § 24 Abs. 2 der Sprengstoffverordnung (1. SprengV) anzuordnen, dass pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 mit ausschließlicher Knallwirkung in dicht besiedelten Stadtgebieten zukünftig auch am 31. Dezember und am 1. Januar nicht mehr abgebrannt werden dürfen.

Diese Anordnung soll rechtzeitig vor dem 31.12.2020 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.10 **Mehr Schulgärten an Potsdamer Schulen**

Vorlage: 20/SVV/0187

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
KUM, B/Sp., WA KIS

Frau Lange bringt den Antrag ein und nimmt Bezug auf die Stellungnahme des Geschäftsbereiches 2, die den Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung per E-Mail ausgereicht wurde.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- eine Konzeption zur Stärkung der Angebote von Schulgärten in allen Schularten zu erarbeiten. Diese soll in Zusammenarbeit mit Akteursvertreter*innen bis Ende 2020 erstellt werden.
- eine Bedarfsanalyse für den Flächenbedarf für Schulgärten, insbesondere für Schulen mit unzureichenden Außenflächen/Schulhöfen zu erstellen.
- die derzeit bestehenden Kooperationen mit Verbänden und Vereinen für die Schulgartenarbeit (u. a. Kleingartenvereine, Umweltvereine oder Gartenkooperativen) zu unterstützen.
- Schulen und schulische Initiativen (wie z. B. auch Fördervereine von Schulen) durch die Bereitstellung öffentlicher Flächen sowie bei der Flächenbereitstellung in Kleingärten zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.11 **Mitnahme von Elektro-Rollstühlen in öffentlichen Verkehrsmitteln**

Vorlage: 20/SVV/0230

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
nur KUM

Frau Dr. Laabs bringt den Antrag ein.

Frau Böhme (Assistenz der Vertreterin des Beirats für Menschen mit Behinderung) führt aus, dass die Streitigkeiten zwischen Busfahrern und Elektro (E)-Rollstuhlnutzern beendet werden muss. Dies gelinge am besten, indem die Entscheidungsgewalt über die Mitnahme nicht beim Busfahrer liegt, sondern über ein Siegel geregelt wird, welches dem Fahrer signalisiert, dieser E-Rollstuhl kann gefahrlos transportiert werden. Der sichere Transport ist nämlich durchaus vom Modell abhängig, genauer gesagt von dessen Kippunkt.

Nach kurzer Diskussion um das eigentliche Begehren des Antrags fasst Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) zusammen, dass es darum geht, das

mitzunehmende „Fahrzeug“ sicher zu transportieren. Dies ist am einfachsten über ein TÜV-Siegel möglich, welches dem Busfahrer signalisiert, den betreffenden Elektro-Rollstuhl gefahrlos befördern zu können. Wie das aber ausschließlich für Potsdam regel- und umsetzbar ist, kann er sich noch nicht vorstellen.

Herr Berlin bittet, den Antrag in einen Prüfauftrag zu wandeln.

Frau Dr. Laabs erklärt sich für den Antragsteller mit der Umwandlung in einen Prüfauftrag einverstanden.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter des städtischen Verkehrsbetriebes - beauftragt, dafür zu **prüfensorgen**, **wiedass** Menschen, die zur Fortbewegung auf einen elektrischen Rollstuhl angewiesen sind, künftig in Bussen oder Straßenbahnen in der Landeshauptstadt Potsdam widerspruchlos mitgenommen werden. Dazu sind sowohl die dafür notwendigen Voraussetzungen innerhalb der Fahrzeuge zu schaffen, als auch das Fahrpersonal regelmäßig einzuweisen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2020 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.12 Waldschutz in Babelsberg-Süd
Vorlage: 20/SVV/0249
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
nur KUM

Herr Walter bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) verweist auf das Land Brandenburg als Eigentümer, der auf Nachfrage mitteilte, die Unterhaltung dieser Waldfläche auf die Verkehrssicherung zu beschränken. In der Waldkartierung wird die Fläche als Erholungswald ausgewiesen.

Herr Walter zieht den Antrag für den Antragsteller zurück und wird sich an das Land Brandenburg als Eigentümerin wenden.

zu 3.13 Tempo 30 zur Lärminderung in der Drewitzer Straße
Vorlage: 20/SVV/0255
Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM

Herr Troche bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) gibt an, die Prüfung vornehmen zu können mit der Terminierung zur Berichterstattung im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im 4. Quartal.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie in der Drewitzer Straße in bestimmten Abschnitten Tempo 30 zur Lärminderung eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.14 Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude
Vorlage: 19/SVV/1147

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
Rücküberweisung in WA KIS mit der neuen Fassung vom 03.03.2020
und KUM

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vertagt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.15 Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung
Vorlage: 20/SVV/0022

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
Rücküberweisung in KUM

Herr Rubelt begründet die Rücküberweisung in den hiesigen Ausschuss. Zweck war die Vorbereitung eines Vorschlags der Verwaltung, der den Mitgliedern heute vorgelegt wird.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) schlägt vor, in einem ausgewählten Gebiet an zehn Stellen testweise die geforderten Straßennamenschilder aufzustellen. Dies soll bis zum dritten Quartal 2020 erfolgen. Danach schließt sich eine einjährige Testphase an, die schließlich

zusammen mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung evaluiert wird, um dann über eine grundsätzliche Umsetzung zu entscheiden.
Eine Karte mit den vorgeschlagenen Standorten wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Thiel äußert Besorgnis darüber, dass wenn dieses Projekt umgesetzt wird, ggf. Gelder für andere, wichtigere Maßnahmen wegfallen. Die Straßennamenschilder sind eine schöne Sache, aber in Anbetracht der bestehenden Probleme eben auch nur Luxus und nicht notwendig.
Wenn die Gelder für andere Maßnahmen durch diese Umsetzung nicht in Gefahr sind, spricht sich der Beirat für Menschen mit Behinderung gerne dafür aus. Andernfalls soll das Projekt nicht realisiert werden.

Herr Rubelt versichert, dass die Umsetzung dieser Maßnahme keinen negativen Einfluss auf die Realisierung anderer Maßnahmen hat.

Herr Berlin nimmt den Vorschlag der Verwaltung für den Antragsteller an.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag des Stadtverordneten Frehse zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an **allen ausgewählten und stark frequentierten** Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung zu montieren. Dabei sind die Erfahrungen, die u.a. die Stadt Wedel gemacht hat, zu berücksichtigen. Ein Bericht über die Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mit 0:8:1 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an ausgewählten und stark frequentierten Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung zu montieren. Dabei sind die Erfahrungen, die u.a. die Stadt Wedel gemacht hat, zu berücksichtigen.~~

~~Ein Bericht über die Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2020 vorzulegen.~~

in einem ausgewählten Gebiet an zehn Stellen testweise Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung zu montieren und nach Ablauf eines Jahres gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung zu evaluieren.

Die Montage der Testschilder erfolgt bis zum dritten Quartal 2020.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.16 Tempo 30 auf der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg

Vorlage: 20/SVV/0129

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0129 zur Kenntnis.

zu 3.17 Sonderabstellplätze für Lastenräder

Vorlage: 20/SVV/0209

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0209 zur Kenntnis.

zu 3.18 Renaturierungskonzept Flächennaturdenkmal "Düstere Teiche"

Vorlage: 20/SVV/0212

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0212 zur Kenntnis.

zu 3.19 Kooperationsvereinbarung mit dem Landschaftspflegeverein Potsdamer Kulturlandschaft e. V.

Vorlage: 20/SVV/0213

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0213 zur Kenntnis.

zu 3.20 Aktuelle Übersicht zu Priorität-I-Maßnahmen im Radverkehrskonzept

Vorlage: 20/SVV/0225

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0225 zur Kenntnis.

zu 3.21 Tempo 30 in der Pappelallee

Vorlage: 20/SVV/0270

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0270 zur Kenntnis.

zu 3.22 Fernbahnhalte in Potsdam Hauptbahnhof

Vorlage: 20/SVV/0275

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0275 zur Kenntnis.

zu 3.23 Bäume im Volkspark nachpflanzen

Vorlage: 20/SVV/0290

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Twerdy fragt, warum im Zusammenhang mit dem Freistellen von Eichenheldbock-Habitatbäumen keine Ersatzpflanzungen vorgenommen werden.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) und Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilen mit, dass keine Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden, weil in dem Bescheid der Erhalt der vorhandenen Naturverjüngung festgelegt wurde. Durch die aktive Förderung des Jungaufwuchses in den Parkbereichen Waldpark und Viereckremise wird die mit den Fällungen verbundene Bestandsminderung im Verhältnis 1:1 langfristig ausgeglichen. Der Baumbestand der öffentlichen Parkanlagen im Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung „Heldbockeichen“ kann durch die gezielte und dauerhafte Förderung des Eichenaufwuchses gesichert werden. Dadurch bleiben die Belange des Baumschutzes gewahrt.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0290 zur Kenntnis.

zu 3.24 Prüfergebnisse Dez. 2019 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"

Vorlage: 20/SVV/0294

Einreicher: Oberbürgermeister, Koordinierungsstelle Klimaschutz
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0294 zur Kenntnis.

zu 3.25 Infrastruktur von Tram-Endhaltestellen

Vorlage: 20/SVV/0302

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0302 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

(siehe Anlagen zum Tagesordnungspunkt 5)

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Berichterstattung zur Beleuchtung des Radweges zw. Kolonie Daheim und Horstweg

(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1243)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

(siehe Anlage)

zu 5.2 Berichterstattung Baumpaten gesucht

(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1157)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

(siehe Anlage)

zu 5.3 Berichterstattung zur Verbesserung rechtlicher Regelungen zum Vogelschutz

(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1148)

Fachbereich Denkmalpflege, Umwelt und Natur

(siehe Anlage)

zu 5.4 Berichterstattung zur Einschränkung des Verkehrs in der Eduard-Claudius-Straße

(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/1271)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

(siehe Anlage)

zu 5.5 Berichterstattung zur Maßnahme Brandenburger Straße

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

(siehe Anlage)

zu 5.6 Radverkehrsmaßnahmen 2020/2021
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

(siehe Anlage)

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift